



Probleme inklusive

Seit vier Jahren hat jedes behinderte Kind in Deutschland ein Recht darauf, eine Regelschule zu besuchen. Doch die Umsetzung der Bildungsinklusion verläuft schleppend. Schüler und Lehrer leiden unter knappen Kassen und fehlenden pädagogischen Konzepten. | VON ANNA LUTZ UND NICOLAI FRANZ

Foto: Ron Bailey, iStockphoto

Viktoria Eckert ist 18 Jahre alt, kommt aus Sachsen, hatte zuletzt einen Notendurchschnitt von 1,6 und wird in zwei Jahren ihr Abitur in der Tasche haben. Beim Schreiben braucht sie manchmal Hilfe. Ihren Rucksack kann sie nicht eigenständig packen und um sich fortzubewegen, benötigt sie einen Rollstuhl, der sich mit Hilfe eines kleinen Hebels an der rechten Armlehne steuern lässt. An diesem Tag soll sie ein Gedicht in sächsischer Mundart verfassen. „Ich lasse mich später von meiner Zimmernachbarin inspirieren, die kommt wie ich aus Sachsen“, sagt sie zu ihrer Lehrerin Ulrike Heyn, während die anderen Schüler des Deutschkurses in der elften Jahrgangsstufe schon an ihren Texten schreiben.

Das Klassenzimmer ist groß und hell, die Tische stehen so, dass jeweils fünf oder sechs Schüler in Arbeitsgruppen zusammensetzen können. Als die Stunde zu Ende ist, packen die Jugendlichen hastig ihre Sachen zusammen. Bei Vicky, wie ihre Freunde sie nennen, geht alles ein bisschen langsamer, ebenso wie bei Alex. Beide Teenager haben eine spastische Lähmung. An der Regine-Hildebrandt-Schule in Birkenwerder nahe Berlin, einer Gesamtschule, können sie trotzdem gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern lernen. Die Schule hat breite Flure, in denen sie mit ihren Rollstühlen Bewegungsfreiheit haben. Es gibt Aufzüge neben jeder Treppe, Behindertentoiletten, einen Physiotherapeuten und sechs pädagogische Unterrichtshilfen. „Der normale Schüler im Rollstuhl hat hier überhaupt kein Problem“, sagt Schulleiterin Kathrin Voigt.

Inklusion, also Einbindung, nennt sich der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung. 2012 wurde die Regine-Hildebrandt-Schule für ihre vorbildliche Umsetzung dieses Prinzips ausgezeichnet. Derzeit lernen hier 723 junge Menschen, 88 davon haben sonderpädagogischen Förderbedarf. Das bedeutet, sie sind körperlich, geistig oder lernbehindert. An die Schule angegliedert ist ein Wohnkomplex. Hier lebt auch Vicky, die extra für ihre Schule umgezogen ist. Bevor das Mädchen vor einem halben Jahr nach Birkenwerder kam, besuchte sie eine Förderschule für körperbehinderte Menschen in Leipzig. Als sie den Schulflur entlangfährt, kommt ihr ein Junge auf einem Bürostuhl entgegen geschossen. Er fliegt an ihr vorbei und ruft: „Jetzt habe ich auch einen Rollstuhl!“ Vicky sagt: „Hier bin ich mit Nichtbehinderten zusammen, das wollte ich.“

Was gut klingt, birgt viele Probleme

Was das Mädchen sich schon lange gewünscht hat, soll so schnell wie möglich jedes Kind in Deutschland bekommen. 2006 wurde die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verabschiedet, seit 2009 ist sie auch in der Bundesrepublik gültig. Ihr Ziel ist die „Chancengleichheit“ und die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“ für behinderte Menschen, wie es in dem Papier heißt. Demnach darf niemand aufgrund seiner Behinderung diskriminiert werden. Niemand darf nunmehr vom regulären Schulsystem ausgeschlossen sein. Inklusion ist eine menschenrechtliche Verpflichtung geworden. Was gut klingt, birgt viele Probleme. Vor allem die Förderschulen bangen derzeit um ihr Weiterbestehen. Denn der Grundgedanke von Inklusion ist: Keine Selektion oder Einteilung. Dieser Anspruch kollidiert nicht nur mit dem in Deutschland bisher vorherrschenden Prinzip des gemeinsamen Lernens. Behinderte an speziell auf sie eingestellten

Einrichtungen. Auch das dreigliedrige Schulsystem könnte langfristig auf der Kippe stehen. Je nach Leistung kommen Schüler derzeit entweder auf die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium. Vicky ist mit ihren guten Leistungen eine Ausnahme. Nur 4,3 Prozent der förderbedürftigen Kinder gehen auf die Realschule, 5,5 Prozent auf das Gymnasium, stellt der Bildungswissenschaftler Klaus Klemm in einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung fest. So landeten Kinder mit Beeinträchtigung oft „in Lerngruppen, die durch ein weniger förderliches Lernmilieu geprägt sind“, sprich, auf der Hauptschule.

Jael Adam ist ausgebildete Förderschullehrerin und arbeitet in der Nähe von Göttingen. In Northeim unterrichtet sie seit einem Jahr sowohl in der Förderschule als auch in einer sogenannten Integrationsklasse an einer Hauptschule. Dort arbeitet sie mit einem geistig behinderten und drei lernbehinderten Kindern und unterstützt die Klassenlehrerin im Unterricht. Jedes Kind steht je nach Grad und Form seiner Behinderung eine gewisse Anzahl von Stunden mit einem Sonderpädagogen zu. Während des laufenden Unterrichts kümmert Adam sich um die

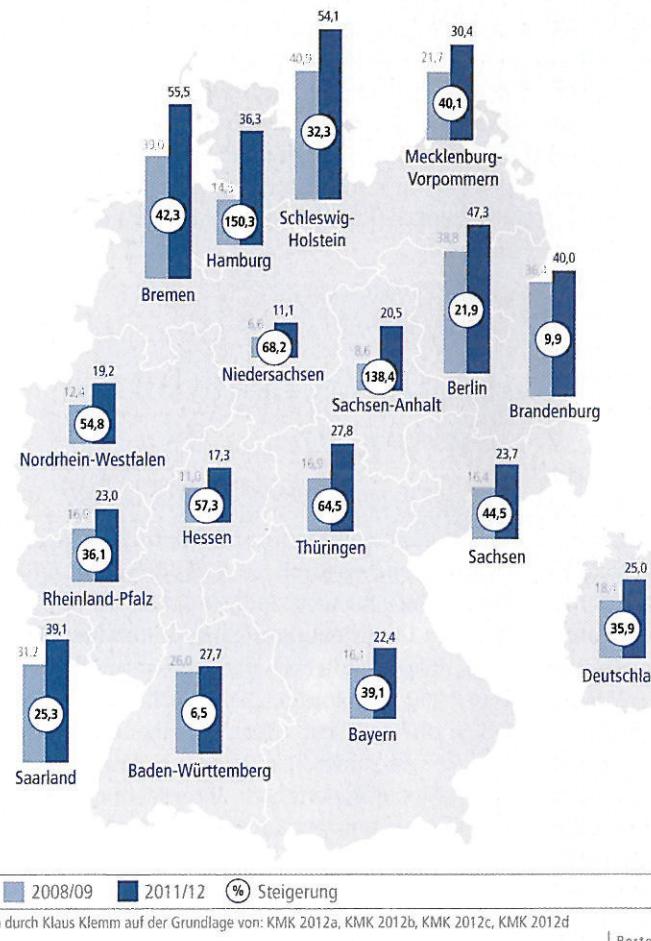
„Es gibt Kinder, die brauchen die Förderschule!“

Kinder mit Behinderung und unterrichtet sie außerdem separat in Mathe und Englisch. So funktioniert Integration, im Grunde die Vorstufe zur vollständigen Inklusion, bei der es keinen getrennten Unterricht mehr gäbe, derzeit fast überall in Deutschland. Regelschullehrer und Förderschullehrer stemmen den Unterricht gemeinsam. „Es ist wichtig, dass man den Kindern Dinge zutraut“, sagt Adam, gibt aber auch zu, dass ausgerechnet die sehr schwachen Schüler in integrativen Klassen oft zu wenig Förderung erfahren. Ihrer Meinung nach mangelt es an einem umfassenden Konzept zur Realisierung der Inklusion. Regelschullehrer könnten nach jetzigem Stand zwar freiwillige Fortbildungen zum Umgang mit behinderten Kindern belegen, Pflicht sei dies aber noch nicht. Außerdem vermisst sie Kommunikation und Teamarbeit unter den Lehrern. „Ich finde immer noch, dass Inklusion eine gute Idee ist“, sagt sie, stellt aber auch fest: „Es gibt Kinder, die brauchen die Förderschule.“ Schließlich sei es für manche auch frustrierend, „immer unter Schülern zu sein, die alles besser können“.

Gemischte Erfahrungen hat auch ein Förderschullehrer einer integrativen Lerngruppe in einer nordrhein-westfälischen Hauptschule gemacht, der namentlich nicht genannt werden will. In den Fächern Deutsch, Mathe, Englisch und Erdkunde unterstützt er sechs Kinder im Alter von elf Jahren. Fünf von ihnen brauchen Förderung im Bereich Lernen, einer hat einen sozial-emotionalen Förderbedarf. Eine Stunde pro Woche hat der Pädagoge Zeit, um sich mit der Klassenlehrerin abzustimmen. Den Rest müsse er improvisieren. Insgesamt haben die Schüler 29 Stunden Unterricht in der Woche. 16 Stunden sitzt der Lehrer in der Klasse, „in den restlichen 13 Stunden ist ein Kollege von der Hauptschule da, der überhaupt keine Qualifikation dafür hat“. Der Sonderpädagoge ist enttäuscht. Immer wie-

der würden die Kinder gehänselt. „Manche der anderen Hauptschüler reiben es ihnen unter die Nase und sagen: „Du bist ja eh' ein bisschen doof.“ Für drei der Kinder sei der inklusive Unterricht „genau das Richtige“, sie würden aber nie das normale Hauptschulniveau erreichen können. „Das ist leider eine Illusion vieler Eltern.“ Die beiden Kinder mit den größten kognitiven Schwächen wollten gar nicht mehr in die Schule gehen. „Die Kluft zwischen den Schülern wird mit zunehmendem Alter im-

Die Bildungsinklusion ist auf dem Vormarsch, aber längst nicht so verbreitet, wie es sich viele wünschen: In Berlin wurde 2012 erst jedes zweite Kind mit Behinderung inklusiv unterrichtet – immerhin sind das zehn Prozent mehr als noch vor drei Jahren.



Inklusionsanteile: 2008/09 2011/12 % Steigerung

Quellen: Berechnungen durch Klaus Klemm auf der Grundlage von: KMK 2012a, KMK 2012b, KMK 2012c, KMK 2012d sowie KMK 2010.

kaum jemand sprechen. Länder wie Thüringen, Bayern und Hessen wollen sie zu Förder- und Kompetenzzentren ausbauen, in denen Schüler auch präventiv gefördert werden, erklärten die Kultusministerien auf Anfrage. Die Bertelsmann-Stiftung hat ausgerechnet, dass durch das Fortschreiten der Inklusion in den kommenden zehn Jahren bundesweit 9.300 zusätzliche Lehrkräfte gebraucht werden. Umgerechnet bedeutet das zusätzliche Kosten von jährlich rund 660 Millionen Euro. Die

Lehrergewerkschaft GEW kritisiert derweil, die Inklusion schreite „planlos“ und „im Schneekentempo“ voran. Die Regelschulen würden kaum auf Mädchen und Jungen mit Behinderungen vorbereitet. Sie seien zudem personell zu schwach besetzt und selten barrierefrei. Im März veröffentlichte eine Allianz zur UN-Behindertenrechtskonvention einen Bericht zum aktuellen Stand der Inklusion in Deutschland. Demnach besuchten 2010, ein Jahr nach Inkrafttreten der Richtlinien, 29 Prozent der Schüler mit Behinderungen eine Regelschule. Die Integration von Kindern mit Behinderung in den Kindergärten umfasst zwar 62 Prozent, in den Grundschulen ist aber nur noch jedes dritte behinderte Kind integriert, in der Sekundarstufe sind es noch 15 Prozent. Der Zugang zur Regelschule werde behinderten Schülern erheblich erschwert und müsse oft eingeklagt werden, kritisiert die aus verschiedenen Nichtregierungsorganisationen bestehende Allianz.

Doch wie sollen die Bundesländer die Kosten für das inklusive Unterrichtsmodell stemmen? Vom verschuldeten Berlin ist bekannt, dass die Zahl der Unterrichtsausfälle schon ohne vollständige Inklusion dramatisch ist. Der Gründer des christlichen Hilfswerks „Die Arche“, Bernd Siggelkow, beschwerte sich jüngst bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin darüber,

dass Schüler in Problembezirken der Stadt zum Teil nur eine Stunde Unterricht am Tag hätten. Wenn Lehrer erkranken, gebe es keinen Ersatz. Eine Lehrerin, die ebenfalls anonym bleiben möchte, bestätigte die prekäre Situation gegenüber pro: Sie habe selbst schon erlebt, wie die extra zur Förderung der behinderten Schüler abgestellten Sonderpädagogen für die Kompensation des normalen Unterrichtsausfalls hätten herhalten müssen.

„Auch er hält Inklusion für eine gute Idee. „Die Kinder lernen gemeinsam und bauen Vorbehalte ab. Das Problem ist: Es ist nicht finanzierbar“, meint der Förderschullehrer.

Leere Kassen, wenig Wille zur Inklusion

Geld in die Kassen bringt die Schließung von Förderschulen und die Vermittlung der Sonderpädagogen an Regelschulen. 2,6 Milliarden Euro gaben die Bundesländer im Schuljahr 2006/2007 für zusätzliche Lehrkräfte an Förderschulen aus – entgegen dem politischen Willen steigt die Zahl der Kinder in den selektiven Einrichtungen bis heute. 77 Prozent der Förderschüler bleiben ohne Hauptschulabschluss. Nur wenige von ihnen schaffen den Sprung auf eine allgemeine Schule, hat die Bertelsmann-Stiftung herausgefunden. Dennoch: Zumindest öffentlich will von einer kompletten Abschaffung der Einrichtungen derzeit

er abbekommen, berichtet Seibel. Lehrer, Schüler und Eltern seien mit der Situation überfordert gewesen. „Die Kinder hatten zum Teil echt Angst“, erinnert sie sich. Die Förderschullehrerin, die die Klasse teilweise gemeinsam mit der Regelschullehrkraft unterrichtete, habe das Kind immer wieder von den Mitschülern isolieren müssen. Trotzdem sei der Junge regelmäßig in der Klasse ausgerastet, sodass ihn zum Teil zwei Erwachsene festhalten mussten. „Das hat alle beeinträchtigt“, sagt Seibel, nicht zuletzt den Jungen selbst: „Für ihn sind die ersten Jahre der Grundschulzeit vorbei gegangen, ohne dass sich jemand adäquat um ihn kümmern konnte“, ist sich die Literaturwissenschaftlerin sicher.

Sie werden immer irgendwo extreme Fälle finden

Solche Argumente will Hubert Hüppe nicht gelten lassen. Der CDU-Politiker ist in der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zuständig und kämpft vehement für die vollständige Durchsetzung der Inklusion. Das hat auch mit seinem eigenen Leben zu tun. Hüppe hat einen querschnittsgelähmten Sohn. „Sie werden immer irgendwo extreme Fälle finden, mit denen begründet werden soll, dass hunderttausende andere Kinder auch aus dem Regelunterricht entfernt werden müssten“, sagt er. Ohne Zweifel sei die Gruppe der verhaltensauffälligen Kinder bei der Inklusion die schwierigste. „Aber: Das Kind aus dem Beispiel wird sicherlich nicht dadurch ruhiger werden, dass es mit anderen verhaltensauffälligen Kindern auf eine Förderschule kommt“, ist der Katholik und Lebensrechtler überzeugt. Hinter dem Widerstand gegen Inklusion vermutet er Existenzängste von Lehrern und Förderschulleitern: „Es herrscht ein Beharren auf althergebrachten Strukturen. Alle tun zwar so, als ob sie für die Kinder sprechen, aber natürlich sprechen sie auch für ihre Profession. Es herrscht eine Angst davor, dass wir Förderschulen schließen und die Lehrer entlassen. Aber kein Sonderpädagoge soll arbeitslos werden. Wir brauchen diese Kräfte ja an den Regelschulen.“

Welchen pädagogischen und finanziellen Herausforderungen sich inklusive Schulen künftig stellen müssen, zeigt das Beispiel der sechsjährigen Frida. Das blonde Mädchen ist von Geburt an blind. Die aufgeweckte Erstklässlerin hat keinerlei Probleme, mit ihren Klassenkameraden Schritt zu halten – solange sie die richtigen Unterrichtsmaterialien an die Hand bekommt. Wenn ihre Mitschüler im Matheunterricht aufgemalte Punkte auf einem Blatt zählen, arbeitet Frida mit gewölbten Plastikplättchen, die sie in die Hand nimmt. Wenn ihre Freunde im Bio-Unterricht das Foto einer Tulpe betrachten, hat sie ein Bild vor sich liegen, auf dem die Formen der Blume hervortreten, sodass sie sie erkennen kann. Jede Schulbuchseite liegt ihr in Braille-Schrift vor, damit sie ihre Hausaufgaben genau wie jeder andere erledigen kann. Frida besucht die Berliner Flämingschule, ähnlich wie die Regine-Hildebrandt-Schule eine ehemalige Modelleinrichtung für die Integration behinderter Kinder. Seit 1975 gibt es dort Integrationsklassen. Inklusion wurde dort schon gelebt, als in Deutschland sonst noch kaum einer davon sprach. Das Mädchen wird dort rund um die Uhr betreut, außerdem achtet die Einrichtung darauf, dass die Lerngruppen möglichst klein sind und Kinder mit ähnlichen Behinderungen in eine Klasse kommen. „In einer anderen Schule wäre Frida



Inklusion bedeutet: Jeder lernt auf seine Weise

Foto: picture alliance

Schizophrene Bildungspolitik

In Sachen Inklusion ist die Politik nicht konsequent. Das sollte sie aber sein. Denn am Ende leiden alle darunter. | EIN KOMMENTAR VON NICOLAI FRANZ

Es ist gut, wenn Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam in die Schule gehen. Sie lernen, was es heißt, Verantwortung füreinander zu übernehmen, sich gegenseitig zu helfen. Und dass alle Menschen gleich viel wert sind, auch wenn manche mit mehr Beeinträchtigungen leben als andere. Diese Einsicht ist gerade für Christen, die sich für den Lebensschutz auch von behinderten Kindern einsetzen, ein hoffnungsvolles Signal. Doch wenn es um die Umsetzung der Inklusion geht, offenbaren sich große Probleme. Die Schulen haben zu wenig Mittel, um die Einrichtungen barrierefrei zu machen und genug Sonderpädagogen einzustellen. Die Betreuer haben zu wenig Zeit, sich mit den Regel-Lehrern abzustimmen und können viel zu wenig auf die Bedürfnisse der Kinder mit Behinderungen eingehen. Das größte Pro-

blem ist jedoch, dass die Politik auf der einen Seite Inklusion will, auf der anderen Seite aber offen Exklusion betreibt. Nichts anderes ist das immer noch vorherrschende dreigliedrige Schulsystem. Es ist schon fast schizophren, wenn Bildungspolitiker einerseits davon sprechen, dass Kinder mit Beeinträchtigungen in einer Klasse mit anderen sitzen sollen – und sie gleichzeitig je nach Notenschnitt in Hauptschule, Realschule und Gymnasium einteilen. Das Ergebnis ist, dass am Ende die meisten Kinder mit Behinderungen auf der Hauptschule landen. Es sei denn, sie haben Glück und eine Gesamtschule liegt in der Nähe. Inklusion? Ja, aber dann bitte konsequent! Ansonsten wäre das alte System mit guten Förderschulen sinnvoller. Sowohl für Lehrer als auch für Kinder. ■

vielleicht untergegangen", sagt ihre Mutter Laura Capellmann. Die 34-Jährige studiert selbst Sonderpädagogik, weiß also um die Stärken und die Schwächen des inklusiven Schulsystems. Für sie ist die Art und Weise, wie ihre Tochter schulisch integriert wird, ein Gewinn. Auf eine Blindenschule habe sie Frida nicht schicken wollen. „Das Niveau ist da ein ganz anderes“, sagt die zweifache Mutter. Frida wäre dort vielleicht unterfordert gewesen. Auf der Fläming-Grundschule hingegen müsste sie ab und an kämpfen, sei aber auch schon „über sich hinausgewachsen“. Derzeit lernt das Mädchen gemeinsam mit einem weiteren blinden Jungen und 22 nichtbehinderten Kindern in einer Klasse. „Ich finde es wichtig, dass Frida beide Bezugspunkte hat“, sagt Capellmann und meint damit den Kontakt zu blinden und sehenden Kindern. „Dass Menschen wie Frida sich

anders fühlen, hat mit unserer Gesellschaft zu tun. Es gibt einfach keinen ungezwungenen Umgang mit Menschen mit Behinderung“, ist die Berlinerin überzeugt.

Doch die erste Zeit in der Schule ist für das Mädchen nicht nur wegen des Unterrichtsstoffs schwierig gewesen. Durch den Umgang mit den anderen Kindern auch außerhalb des Unterrichts merkte sie zum ersten Mal bewusst, dass ihr eine Fähigkeit fehlt. Eines Tages sei sie nach Hause gekommen und habe bitterlich geweint. „Davor kann man sie aber nicht ewig schützen“, sagt die Mutter. Die werdende Pädagogin ist sich sicher: „Es gibt Kinder, die sich in bestimmte Klassensituationen oder zu bestimmten Zeiten nicht so integrieren lassen, wie es sich Lehrkräfte und Eltern vielleicht wünschen. Wenn es jemandem schadet, sollte er nicht in einer normalen Klasse sein.“ Frida zählt nicht zu diesen Kindern. ■

Anzeige



...und der
**Alltag
bleibt
zu Hause!**

• Großer Panorama-Saal • Kaminzimmer
 • Attraktiver Speisesaal • Cafeteria
 • Kapelle • mehr Zimmer mit Du/WC

Bitte Jahresprogramm 2013
anfordern!

Neu!

Allgäu-Weite
Christliches Gästehaus

87477 Sulzberg-Moosbach
Tel: 08376/92 00-0
www.allgaeu-weite.de

h hensoltshöhe

„Förderschulen produzieren lebenslange Unterhaltsempfänger“

Hubert Hüppe (CDU) ist Behindertenbeauftragter der Bundesregierung und ein Kämpfer für die Bildungsinklusion. Wer nicht bereit ist, Sonderschulen zu schließen, wird die anstehenden Veränderungen im Bildungssystem nicht finanzieren können, sagt er. | DIE FRAGEN STELLE ANNA LUTZ

pro: Herr Hüppe, wird es in zehn Jahren noch Förderschulen geben?

Hubert Hüppe: Ich bin für das Leben von Menschen mit Behinderungen zuständig – nicht für das Überleben von Einrichtungen. Förderschulen trennen behinderte Schüler von nichtbehinderten.

Deswegen hoffe ich, dass in zehn Jahren viel mehr Kinder die Chance haben, an Regelschulen zu lernen. Fachleute gehen davon aus, dass dann noch höchstens 20 Prozent der behinderten Schüler in eine Förderschule gehen.

Mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat sich Deutschland 2009 dazu verpflichtet, Menschen mit körperlichen oder geistigen Benachteiligungen nicht vom allgemeinen Schulsystem auszuschließen. Wer das tut, diskriminiert. Darf ein Lehrer demnach noch eine Sonder-schulempfehlung aussprechen?

Nein. Er soll auch heute schon eine Empfehlung für die notwendige Förderung aussprechen. Realisiert werden soll sie dort, wo alle lernen. Alles andere wäre eine Menschenrechtsverletzung. Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe. Sie können ja auch kein Migrantenkind vom Unterricht ausschließen. Ich finde es übrigens sehr seltsam, dass derzeit so getan wird, als müsse man Inklusion begründen. Da wir genügend Beispiele haben, dass Inklusion auch für schwerstbehinderte Kinder machbar ist, müssten sich doch diejenigen rechtfertigen, die Kinder mit Behinderung aussortieren wollen.

Eine besorgte Mutter berichtete uns bei der Recherche zu diesem Thema davon, dass ihr Sohn von einem verhaltensauffälligen Mitschüler getreten

wurde. Das teils gewalttätige Kind befand sich zwei Jahre in der regulären Schulkasse. Lehrer, Schüler und Eltern waren mit der Situation überfordert. Bedeutet inklusive Bildung, dass solche verhaltensauffälligen Kinder nicht aus der Klasse genommen werden dürfen?

Sie werden immer irgendwo extreme Fälle finden, mit denen begründet werden soll, dass hunderttausende andere Kinder auch aus dem Regelunterricht entfernt werden müssten. Die Gruppe der verhaltensauffälligen Kinder ist bei der Inklusion ohne Frage die schwierigste. Aber: Das Kind aus dem Beispiel wird sicherlich nicht dadurch ruhiger werden, dass es mit anderen verhaltensauffälligen Kindern auf eine Förderschule kommt. Auch eine solche Einrichtung wird unter Umständen nicht mit dem Kind fertig. Warum sollte eine solche Ausnahme ausreichen, um mit dem Regelfall zu brechen?

Meine Erfahrung ist, dass unser Förderschulsystem sehr teuer ist. Die meisten Förderschüler gehen nahtlos in andere Sonderwelten, wie zum Beispiel Behindertenwerkstätten, oder in die Arbeitslosigkeit und nicht auf den ersten Arbeitsmarkt. Das zeugt nicht von besonderem Erfolg bei den Förderschulen.

Inklusiver Unterricht, wie er heute zum Beispiel in Niedersachsen durchgeführt wird, sieht unter anderem einen getrennten Unterricht in den Fächern Mathematik und Sprachen vor. Die Benotung behinderter Kinder erfolgt zum Teil nach einem anderen System als bei den Regelschülern. Man könnte meinen, die Form der Sonderschule werde nun einfach in

die der normalen Schule integriert, um den Anschein zu erwecken, sie sei nicht mehr da.

Inklusion bedeutet gerade nicht, dass alle gleichbehandelt werden. Inklusiver Unterricht heißt, dass jeder mit seinen Talenten angenommen wird. Wieso glauben wir denn, dass jedes Kind gleich schnell lernen muss? Warum können die, die mehr Zeit brauchen, diese nicht auch bekommen? Teilhabe kann man nicht theoretisch lernen, man muss sie erfahren. Durch die getrennten Schulen lernen Menschen ohne Behinderung hierzulande nicht, mit Menschen mit Behinderung umzugehen. Die Trennung gibt es oft schon im Kindergarten. Da werden hörbehinderte Kinder mit sogenannten geistig behinderten Kindern zusammen betreut. Was hat die eine Behinderung mit der anderen gemeinsam? Was hat ein körperbehindertes Kind mit einem Autisten eher gemein als ein nicht behindertes Kind? Wir trennen Menschen willkürlich voneinander. Daraus entstehen Ängste, die letztendlich zum Beispiel bei Kindern mit Down-Syndrom dazu führen, dass sie bereits vorgeburtlich aussortiert werden.

Der Pädagoge Bernd Ahrbeck sagt: „Das Erwachsenenleben ist nicht inklusiv.“ Bereiten inklusive Schulen behinderte Kinder adäquat auf die Berufswelt vor?

Er will die Kinder rauswerfen aus dem Regelschulsystem und begründet das mit keinerlei Studien. Ich akzeptiere das nicht. Ich glaube, dass das nicht-inklusive Erwachsenenleben eine Konsequenz des Aussortierens ist. Es gibt immer Menschen, die gehänselt werden – vielleicht

weil sie dicker sind, unsportlicher oder Sonstiges. Deshalb entstehen aber keine Sonderschulen für dicke Kinder. Wenn wir die Schüler trennen, werden sie nie erfahren, dass sie unterschiedlich sind. Ahrbeck nennt die volle Umsetzung von Inklusion eine „radikale institutionelle Entdifferenzierung“. Gleichmacherei mit anderen Worten. Soll Ungleiches zwanghaft gleichgemacht werden?

Inklusion ist genau das Gegenteil. Nehmen Sie einmal an, Sie haben vier Autisten, die nicht sprechen, in einer Klasse. Herr Ahrbeck nimmt von denen dann an, dass sie schneller sprechen lernen,

bedarf erhöht – allein im Bereich sogenannte geistige Behinderung in den letzten 15 Jahren um 50 Prozent. Es werden also immer mehr Kinder und Jugendliche in dieses Förderschulsystem transportiert. Die Landesregierungen hätten längst aktiv werden müssen. Seit 2008 wusste durch die Behindertenrechtskonvention jeder, was auf diese Gesellschaft zukommt. Ab dem Zeitpunkt hätte das Lehramts-Studium den inklusiven Unterricht zum Inhalt haben müssen. Ich habe manchmal das Gefühl, man will das gar nicht. Da werden lieber Förderschulen erweitert, statt Geld in behindertenge-

Wir produzieren an den Förderschulen zum Teil lebenslange Unterhaltsempfänger. Wer von dort kommt, landet oft in Einrichtungen außerhalb des ersten Arbeitsmarktes. Inklusion refinanziert sich durch höhere Lernerfolge und damit verbunden durch Erfolge im Beruf und mehr Selbstbestimmung. Deshalb müssen wir sie nach und nach auflösen.

Was hat Sie selbst trotz aller Gegenargumente zum Verfechter der Bildungsinklusion werden lassen?

Zum einen habe ich inklusive Schulen im In- und Ausland besucht und gesehen, dass es geht und gut für alle Schüler



Foto: Renate Blanke

„Wer Inklusion nicht will, der sucht nach Begründungen. Wer sie will, sucht nach Wegen.“

Hubert Hüppe ist bundesweit für die Belange behinderter Menschen zuständig

wenn sie unter sich sind und gemeinsam in die Schule gehen. Sprachbehinderte können demnach nur dann gut gefördert werden, wenn sie mit anderen Sprachbehinderten zusammen sind. Aggressive Kinder lernen besser mit anderen aggressiven? Das glaube ich nicht. Inklusion heißt, dass jeder Mensch individuell in seinen Talenten gefördert wird. Insbesondere bedeutet Inklusion aber auch, dass die Kinder voneinander lernen. Inklusive Schulen beweisen, dass behinderte und nicht-behinderte Kinder sehr viel voneinander lernen, und das wird ihnen in der Förderschule verwehrt.

Der Status quo vier Jahre nach Inkrafttreten der UN-Konvention in Deutschland ist ernüchternd: Bundesweit besucht laut Bertelsmann-Stiftung nicht einmal jeder vierte bisherige Förderschüler eine Regelschule. Was läuft schief?

In meinem Heimat-Bundesland Nordrhein-Westfalen hat sich die Anzahl der Schüler und Schülerinnen mit Förder-

rechten Regelschulen zu investieren. Ich weiß nicht, ob jedes Kind inkludiert werden kann. Aber ich möchte es versuchen. Wo ist die christliche Solidarität, wenn Kindern gesagt wird: Du darfst nicht mit den anderen zusammen sein.

Das Schulsystem steht wegen der Inklusion vor immensen Herausforderungen: Bundesweit werden in den kommenden zehn Jahren 9.300 zusätzliche Lehrkräfte gebraucht. Umgerechnet bedeutet das zusätzliche Kosten von jährlich rund 660 Millionen Euro. Prominente wie der „Arche“-Gründer Bernd Sigelkow kritisieren schon jetzt die vielen Unterrichtsausfälle, zum Beispiel in Problemvierteln Berlins.

Inklusion ist nur dann finanziert, wenn Sie Förderschulen schließen. Wer etwas anderes sagt, ist ein Träumer. Inklusion wird in der Übergangsphase mehr kosten. Wir brauchen auch weiterhin Sonderpädagogen. Ein Prinzip der Inklusion ist, dass die Förderung dem Menschen folgt und nicht andersherum.

ist. Dann habe ich in meiner Stadt erlebt, wie eine katholische Grundschule den Eltern eines behinderten Kindes sagte, man könne es nicht nehmen, weil die Schule eine Treppe hätte. Als die Eltern sagten, das wäre kein Problem, suchte der Direktor einen anderen Grund.

Es war dann die städtische Schule, die sagte: Wir würden das Kind gerne nehmen, was müssen wir dafür tun? Meine Erfahrung ist: Wer Inklusion nicht will, der sucht nach Begründungen. Wer sie will, sucht nach Wegen. Es gibt zu viele, die herumlaufen und nach Gründen suchen.

Herr Hüppe, vielen Dank für das Gespräch!



pro VIDEO

Film zum Artikel online:
youtube.com/user/proMedienmagazin